

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Michael Hirschfeld: Wir Katholiken machen keine Revolution mit, sondern erkennen nur gesetzmäßige Zustände an. Die Zentrumspartei in der Frühphase des Freistaats Oldenburg (1919 - 1923)

Michael Hirschfeld

*Wir Katholiken machen keine Revolution mit,
sondern erkennen nur gesetzmäßige Zustände an.*

Die Zentrumsparterie in der Frühphase des Freistaats Oldenburg (1919-1923)

*Die alte Zeit fand ihren Abschluss mit dem Weltkrieg und die neue beginnt
mit der Revolution. Wir Katholiken machen keine Revolution mit, sondern
erkennen nur gesetzmäßige Zustände an.¹*

Deutliche Worte fand der kurz zuvor für den Wahlkreis 16 (Weser Ems) gewählte Reichstagsabgeordnete Ökonomierat Theodor Pennemann² aus Brual im Emsland in einer Kundgebung auf dem ersten Oldenburger Katholikentag im September 1920 in Cloppenburg. Pennemanns Botschaft bezog sich aber nicht nur auf die Novemberrevolution 1918, die zu diesem Zeitpunkt immerhin knapp zwei Jahre zurücklag. Sie hatte auch den Kapp-Putsch im März 1920 als aktuelleren Bezugsrahmen. Will man sich der Situation annähern, vor der der katholische Bevölkerungsteil nach dem Sturz der Monarchie und am Beginn der Weimarer Republik stand, so bietet eine Analyse der Ansprachen des ersten und im Übrigen auch einzigen Oldenburger Katholikentags dieser Epoche eine geeignete Folie, um die Position der Zentrumsparterie auszuloten.

Um nicht den Eindruck zu erwecken, der regionale Katholikentag in Cloppenburg sei eine politische Veranstaltung der Zentrumsparterie gewesen, muss man sich zunächst vor Augen führen, was er außerdem noch bot: eine Begrüßungsfeier für und ein

- 1 Festbuch des ersten Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg am 25., 26. u. 27. Sept[ember] 1920, Cloppenburg o.J. [1920], S. 72.
- 2 Zu Pennemann (1861–1932), MdR 1920–1928, vgl. Beatrix Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919–1945 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, Bd. 222), Hannover 2004, S. 271 f.; Bernd Haunfelder, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumsparterie 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4), Düsseldorf 1999, S. 342; Helmut Lensing, Pennemann, Theodor, in: Emsländische Geschichte, Bd. 7 (1998), S. 212-216.

Anschrift des Verfassers: Apl. Prof. Dr. Michael Hirschfeld, Universität Vechta, Fakultät III, Fach Geschichte, Driverstraße 22, 49377 Vechta



Abb. 1: Der Vizepräsident des Oldenburgischen Landtags und langjährige Bürgermeister von Cloppenburg Ignaz Feigel (1855–1922) bereitete als Vorsitzender des Lokalkomitees den ersten Oldenburger Katholikentag 1920 maßgeblich vor. Aus: Festbuch des ersten Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg, Cloppenburg o.J. [1920], Foto nach S. 64

Pontifikalamt mit dem Bischof von Münster, Johannes Poggenburg, Vorträge und Kundgebungen. Kurz gesagt, er war ein gesellschaftliches Ereignis. Und er versammelte in seiner Organisation und Nachbereitung die lokalen bzw. regionalen Eliten. An der Spitze des vorbereitenden Aktionsausschusses wie auch des Lokalkomitees stand der Cloppenburger Zentrums- politiker Ignaz Feigel³, seit 1919 Vizepräsident des Oldenburgischen Landtags und zuvor von 1902 bis 1918 Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Landtag. Der oldenburgische Minister Dr. Franz Driver⁴ und der langjährige Landesvorsitzende der Partei, Kaufmann Friedrich Taphorn⁵ aus Lohne, bildeten mit dem Bischöflich Münsterschen Offizial in Vechta, Prälat Bernard Grobmeyer, das Ehrenpräsidium. Der spätere Gründer des Museumsdorfes Cloppenburg, Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann, stand an der Spitze der Presseorganisation und trug dafür Sorge, dass der Ablauf der Versammlungen, die Predigten und Reden alsbald in einem „Festbuch“ für die Nachwelt dokumentiert wurden. Damit ist diese Großveranstaltung ein treffendes Beispiel für die enge Verzahnung von Kirche, Gesellschaft und Politik in Gestalt der unter der Devise „Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit“ handelnden Zentrums- partei.

Ein regionaler Katholikentag war keine oldenburgische Besonderheit. Ebenso fanden in anderen Regionen Deutschlands, so etwa in Berlin, in Thüringen oder im Rheinland, zu dieser Zeit entsprechende Veranstaltungen statt. Sie waren Kopien der seit 1848 jährlich abgehaltenen „Generalversammlungen der deutschen Katholiken“. Diese religiöse Festkultur, die allein zu einem Umzug in Cloppenburg 7.000 Menschen auf die Beine brachte, korrespondierte mit dem Anspruch des Zentrums, als Weltanschauungspartei die gesamte Bevölkerung vom Adel bis hin zum

- 3 Zu Feigel (1855–1922) vgl. Hans Hochgartz, Feigel, Georg Ignatz Aloysius, in: Hans Friedl / Wolfgang Günther / Hilke Günther-Arndt / Heinrich Schmidt (Hg.), Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1992, S. 182; Herlemann (wie Anm. 2), S. 106; Karl Sieverding, Ignaz (Ignatz) Feigel (1855–1922). Bürgermeister und Landtagsabgeordneter, in: Maria Anna Zumholz / Michael Hirschfeld / Klaus Deux (Hg.), Biographien und Bilder aus 575 Jahren Cloppenburger Stadtgeschichte, Münster 2011, S. 139–141; Albrecht Eckhardt / Rudolf Wyrsh (Bearb.), Oldenburgischer Landtag 1848–1933/1946. Biographisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, Oldenburg 2014, S. 204 f.
- 4 Zu Driver vgl. Hans Friedl, Driver, Franz, in: Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg (wie Anm. 3), S. 155 f.; Herlemann (wie Anm. 2), S. 92; Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 186–188.
- 5 Zu Taphorn (1818–1940) vgl. Josef Sommer, Taphorn, Johann Joseph Friedrich, in: Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg (wie Anm. 3), S. 735 f.; Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 538 f.



Abb. 2: Nach dem Eröffnungsgottesdienst auf dem Cloppenburgener Marktplatz strömten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Oldenburger Katholikentages zu den einzelnen Versammlungen, 26. September 1920. Aus: Festbuch des ersten Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg, Cloppenburg o.J. [1920], Foto nach S. 96

Arbeiter zu repräsentieren. Der Hinweis von Michael Klöcker, dass die „räumliche Erweiterung über das ganze Land hinweg bis in ländliche Regionen hinein ... bei den Katholikentagen 1919/20 zu einer bisher so noch nie vollzogenen Mobilisierung des katholischen Deutschlands“⁶ führte, trifft den Kern. Für die mit Recht wohl größte Massenkundgebung in Süldoldenburg in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg hatte man sich zu diesem Zweck auswärtige Expertise geholt, um „quantitativ und qualitativ Partizipa-

6 Michael Klöcker, Regionale Katholikentage nach dem Ersten Weltkrieg: Konservative Massenmobilisierung zwischen „Tradition“ und „Moderne“, in: Ders., Religionen und Katholizismus. Bildung und Geschichtsdidaktik, Arbeiterbewegung. Ausgewählte Aufsätze, Frankfurt/M. u.a. 2011, S. 433-462, hier S. 452.



Abb. 3: Unter Federführung von Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann, dem späteren Gründer des Museumsdorfes Cloppenburg, wurden die Berichte und Reden des Oldenburger Katholikentages 1920 in einem „Festbuch“ dokumentiert. Archiv Dr. Michael Hirschfeld, Vechta

tion und Prägung des Kirchenvolkes in erheblichem Ausmaß“⁷ verbessern zu können. Dass sie gerade in der Anfangsphase der Weimarer Republik stattfand, kam wohl nicht von ungefähr. Es ging in erster Linie um eine gesellschaftliche und politische Standortbestimmung der Katholiken Oldenburgs in der neuen Staatsordnung. Wie sollte man sich in der ersten Republik eigentlich verhalten? Sollte man sich klar auf den Boden der neuen Reichsverfassung stellen und der Demokratie huldigen, während die römisch-katholische Kirche weiterhin eine Hierarchie war? Sollte man sich zu diesem Zweck mit der schon kurz vor dem Ersten Weltkrieg zur stärksten Partei auf Reichsebene avancierten Sozialdemokratie verbünden, obgleich diese beiden großen Konfessionen sehr kritisch gegenüber stand und ihre Politiker vielfach aus der Kirche ausgetreten waren und sich als Dissidenten bezeichneten? Oder sollte sich das Zentrum den reaktionären Kräften anschließen, die in unterschiedlicher Intensität den neuen Staat ablehnten und die Restauration der Monarchie herbeisehnten? Welche spezifischen Probleme gab es schließlich im Freistaat Oldenburg?

Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden, indem die Historie der katholischen Partei erstmals vom Anfang der Weimarer Republik her aufgerollt wird. Bisher ist der Stellenwert des Zentrums sowohl allgemein als auch auf oldenburgischer Ebene immer vom Beginn der nationalsozialistischen Diktatur 1933 her bewertet worden. Wie auch insgesamt in Oldenburg die Endphase der Weimarer Republik im Fokus der Forschung stand,⁸ so war das Zentrum bislang fast ausschließlich in seiner Rolle im Kontext der agrarpolitischen Kontroversen rund um die „Eberborg-Affäre“ oder in der Frage seiner Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus von Interesse.⁹

Zum Forschungsstand

Insgesamt gesehen steckt allerdings die Aufarbeitung der Geschichte der Oldenburgischen Zentrumspartei (OZP) im Vergleich zu anderen Parteien¹⁰ noch in den Anfängen. Sieht man einmal von einigen unveröffentlichten Examensarbeiten sowie von Kurzbiogrammen von Zentrumsparlamentariern in einschlägigen Handbüchern ab,¹¹ bietet zwar die Langzeitstudie von Hubert Gelhaus über das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg im 19. und 20. Jahrhundert Ansatzpunkte, stützt

7 Ebd., S. 441.

8 Vgl. Klaus Schaap, *Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 61), Düsseldorf 1978; Ders., *Oldenburgs Weg ins „Dritte Reich“* (Quellen zur Regionalgeschichte Nordwest-Niedersachsens, Heft 1), Oldenburg 1983.

9 Vgl. Maria Anna Zumholz (Hg.), *„Krach um Jolanthe“*. Krise und Revolte in einer agrarisch-katholischen Region 1929-1930 und der Konflikt um die Deutungs- und Erinnerungskultur, Münster 2012; Joachim Kuropka, *Zwischen Erosion und Erneuerung: Katholisches Milieu im Oldenburger Münsterland 1919-1939*, in: Ders. (Hg.), *Grenzen des katholischen Milieus. Stabilität und Gefährdung katholischer Milieus in der Endphase der Weimarer Republik und in der NS-Zeit*, Münster 2013, S. 387-405.

10 Vgl. den Sammelband von Wolfgang Günther (Hg.), *Parteien und Wahlen in Oldenburg*. Beiträge zur Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Oldenburg 1983, wo Sozialdemokraten und Liberale, nicht aber das Zentrum im Mittelpunkt der Beiträge stehen.

11 Vgl. Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3); Herlemann (wie Anm. 2).

sich aber nahezu ausschließlich auf die Regionalpresse.¹² Von der kirchen- und gesellschaftspolitischen Warte aus vermittelt zudem die Überblicksdarstellung von Joachim Kuropka über die katholische Kirche im Oldenburger Land wichtige Impulse.¹³ Es folgten einige lokale Blickwinkel von Michael Hirschfeld auf den politischen Katholizismus in Delmenhorst und in Friesoythe sowie eine Studie zur Sozialstruktur der Zentrumsabgeordneten im oldenburgischen Landtag der Weimarer Zeit.¹⁴ Eine Gesamtgeschichte des oldenburgischen Zentrums hingegen ist bis heute ein Desiderat geblieben, vermutlich auch, weil sie sich aufgrund des Fehlens eines zusammenhängenden Quellenbestandes nur mühsam aus der Lokalpresse, aus der „grauen“ Literatur und aus vereinzelt Nachlässen bzw. Lebenserinnerungen rekonstruieren lässt.

Dass hierzu durchaus noch neues Material auftaucht, belegen die kürzlich an die Öffentlichkeit gelangten Erinnerungen des Zentrumspolitikers Anton Themann, von denen Peter Sieve einen Auszug über die NS-Zeit ediert und publiziert hat.¹⁵ Vertiefte Erkenntnisse ermöglicht eine systematische Durchsicht der Redebeiträge von Zentrumsabgeordneten während der Sitzungen des Oldenburgischen Landtags, die weniger mühevoll geworden ist, seit die Stenographischen Berichte in digitalisierter Form zugänglich geworden sind.¹⁶ Eine besondere Rolle für die Rekonstruktion der Geschichte des politischen Katholizismus kommt der parteinahen Presse zu, hier vor allem der in Vechta erscheinenden „Oldenburgischen Volkszeitung“ (OV), die unter diesem Namen 1895 dezidiert zur Verbreitung der Ideen des politischen Katholizismus neu gegründet worden war.¹⁷ Allerdings ist sie ebenso wie die in Cloppenburg erscheinende „Münsterländische Tageszeitung“ und das „Löninger Volksblatt“ bisher digital weitestgehend noch nicht erschlossen.¹⁸ Vor allem die OV

12 Vgl. Hubert Gelhaus, *Das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg von 1803 bis 1936*, Bd. 2: Die Gründung und die Grundlagen der Weimarer Republik von 1918 bis 1928, Oldenburg 2001, S. 283-335. Zeitlich nicht relevant erscheint die Dissertation von Joseph Nietfeld, *Die Zentrumspartei. Geschichte und Struktur*, o.O. 1985.

13 Vgl. Joachim Kuropka, *Die katholische Kirche im 20. Jahrhundert*, in: Rolf Schäfer (Hg.), *Oldenburgische Kirchengeschichte*, 2. Aufl. Oldenburg 2005, S. 523-641, hier S. 524-535.

14 Vgl. Michael Hirschfeld, *Der Aufstieg des Katholizismus in Delmenhorst im Zuge der Industrialisierung um 1900*, in: *Delmenhorster Heimatjahrbuch 2003/2004*, Oldenburg 2003, S. 51-62; Ders., *Gesellschaftliche Integration oder konfessionelle Separation? Der politische Katholizismus in Delmenhorst zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, in: *Oldenburger Jahrbuch*, 104 (2004), S. 163-185; Ders., *Friesoythe vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Ende des Zweiten Weltkrieg (1918-1945)*, in: Albrecht Eckhardt (Hg.), *Die Geschichte der Stadt Friesoythe*, Oldenburg 2008, S. 281-339; Ders., *Wählerwerbung durch Berufsvielfalt. Zur Sozialstruktur der oldenburgischen Landtagsabgeordneten der Zentrumspartei in der Weimarer Republik*, in: Franz Bölsker/Michael Hirschfeld/Wilfried Kürschner/Franz-Josef Luzak (Hg.), *Dona Historica. Freundesgaben für Alwin Hanschmidt zum 80. Geburtstag*, Berlin 2017, S. 287-306.

15 Vgl. Peter Sieve (Bearb.), *Erinnerungen des Zentrumspolitikers Anton Themann (1886–1965) an NS-Zeit und Gestapo-Haft*, in: *Oldenburger Jahrbuch*, 119 (2019), S. 109-131. Zu Themann vgl. Franz Hellerbernd, *Themann, Anton*, in: *Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg* (wie Anm. 3), S. 744 f.; Herlemann (wie Anm. 2), S. 361; Eckhardt/Wyrsh (wie Anm. 3), S. 524 f.


16 Vgl. *Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Versammlung des Landtags des Freistaats Oldenburg* (<http://digital.lb-oldenburg.de>; letzter Zugriff am 25.5.2020).

17 Vgl. Hermann Wegmann, *150 Jahre Oldenburgische Volkszeitung. Festschrift zu ihrem Jubiläum 1834–1984*, Vechta 1984, S. 67.

18 Lediglich die Jahrgänge 1918 und 1919 der OV sind bislang von der Landesbibliothek Oldenburg digitalisiert und online frei verfügbar. Vgl. <http://digital.lb-oldenburg.de> (letzter Zugriff am 25.5.2020)

OLDENBURGISCHE VOLKSZEITUNG
Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Vorkurs-Zeitung, Tammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis alleinstündlich 3,45 Mark, durch die Post frei im Preis 3,87 Mark, postmonatlich 2,50 Mk., durch die Post frei im Preis 2,66 Mk.; einmonatlich 1,10 Mk., durch die Post frei im Preis 1,29 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Freidrucknummern acht Tage gratis und franco.



Der Bezugspreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum Oldenburg für die einfache Seite über deren Raum, bei farbigen und anderen Ausgaben 20 Prozent, für die Restlandsgebiete 75 Prozent. Wiederholungen entsprechender Rubrik. Anzeigen bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen 8 bis 10 Tage zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenaufnahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

Die Schrift des Hrn. Dr. phil. Ernst Körner, Verlagsredakteur, ist in Verbindung mit dem Verleger in der Druckerei des Verlegers in Oldenburg, 1000, zu beziehen. Für die Druckerei des Verlegers in Oldenburg, 1000, ist die Schrift des Hrn. Dr. phil. Ernst Körner, Verlagsredakteur, in der Druckerei des Verlegers in Oldenburg, 1000, zu beziehen.

Nr. 39. | Verleger: Redaktion (3), Oldenburgische Volkszeitung, Hanover 1908. | Vechta, Sonntag, 16. Februar 1919. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Baeremanna, Bahnhofsstraße 31, Bernspacher 1032. | 86. Jahrgang.

An unsere Wähler und Wählerinnen!

Am 19. Januar hat die Zentrumsparlei einen schönen Sieg erfochten. Dank der hingebenden Arbeit aller Parteigliedern wurde eine Stimmenzahl erreicht, die die Erwartungen übertraf. Auch in unserem Lande war die Begeisterung und die Einmütigkeit für die Zentrumsparlei eine hochfreudliche. Die Folge war eine Wahlberechtigung, die wir noch nicht gehabt haben. Vor allem haben unsere Frauen gezeigt, daß sie den Ernst der Stunde begriffen haben.

Nun kommen am 23. Februar die Wahlen zur oldenburgischen Landesversammlung, nicht minder wichtig, wie die Wahlen zum Reichstag. Die Wahlberechtigung muß im Landtage gefestigt werden, die für den Bestand Oldenburgs von entscheidender Bedeutung sind, eine Verzögerung muß entworfen werden, die von grundlegender Wichtigkeit für das innerstaatliche Leben ist, die entscheidet, ob der konfessionelle Charakter der Schule gewahrt wird, ob die kirchlichen Grundzüge im öffentlichen Leben Geltung behalten sollen. Wichtig ist also die Stunde!

Der Landesauswahlschuß der Oldenb. Zentrumsparlei hat lobend einstimmig beschlossen, für die vom Bezirksrat in Oldenburg aufgestellten Kandidaten tätig zu werden. Sie enthält die vom Volke aufgestellten und gewünschten Vertreter. Sie ist die Liste, die möglichst allen Berufsklassen Gerechtigkeit widerfahren läßt. Das hat der Landesauswahlschuß einstimmig erkannt.

Mit der größten Unparteilichkeit ist der Parteivorstand zu Werke gegangen. Darum erwartet auch der Landesauswahlschuß und der Parteivorstand, daß alle Wähler und Wählerinnen einmütig wie bei der Nationalwahl für die Zentrumsparlei und die Parteilehre. Sonderbestrebungen dürfen nicht zur Geltung kommen, sie würden dahin führen, daß das Zentrum einen Sitz verlieren könnte. Aber wolle das verantworten?

Tatum müßig aus Weil! Werbet in den Versammlungen, in den Familien zu unsere Listen.

Winkt alle, auch den letzten Mann und die letzte Frau, zur Wahlurne! Jede Stimme der christlichen Volkspartei!

Wohne, 12. Februar 1919.

Der Landesvorstand:
Lapshorn, Verf.

Abb. 4: Vor den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung am 23. Februar 1919 machte die „Oldenburgische Volkszeitung“ sich mehrfach zum Sprachrohr des Zentrums. Als Parteiorgan veröffentlichte sie u.a. prominent platziert diesen Aufruf des Landesvorstands an die Wählerinnen und Wähler, der katholischen Partei ihre Stimme zu geben. Oldenburgische Volkszeitung vom 16.2.1919

verstand sich nicht nur im Untertitel als *Centrums-Organ für Nordwestdeutschland*¹⁹, sondern erfasste auch katholische Leserkreise weit über den Kreis Vechta hinaus im Norden des Freistaats, für welche sie in der Rubrik „Aus der Residenz und dem Norden“ regelmäßig Informationen mit Schwerpunkt auf dem katholischen Vereinswesen und der Zentrumsparlei brachte. Aus der Warte des katholischen Landesteils und kirchlicher Positionen wurden hier sowohl Versammlungen und Wahlkundgebungen des Zentrums auf Landesebene breit dokumentiert als auch die Zeitläufte mit deutlichen Worten kommentiert. Das korrespondiert mit einer Wiederkehr der Zentrumsforschung auf überregionaler Ebene. Nachdem auch hier über Jahre Stillstand geherrscht hatte, hat gerade die Forschung zum Zentrum im Kaiserreich in den letzten Jahren durch Andreas Linsenmann und Markus Raasch neue Impulse erhalten. Beide haben auf den kulturellen Aspekt des Politischen, also den Aspekt der politischen Kultur, als Forschungslücke hingewiesen.²⁰

Im Folgenden sollen, ausgehend von dieser Standortbestimmung, in einem systematischen Zugang einige zentrale Gesichtspunkte für das Wirken der Zentrumsparlei im

19 So bei Wegmann, 150 Jahre Oldenburgische Volkszeitung (wie Anm. 17), S. 69.

20 Vgl. Andreas Linsenmann/Markus Raasch, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Die Zentrumsparlei im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven, Münster 2016, S. 7-24, hier S. 12. Vgl. auch Markus Raasch, Der Adel auf dem Feld der Politik. Das Beispiel der Zentrumsparlei in der Bismarckära (1871-1890), Düsseldorf 2015.

Übergang von der Monarchie zur Republik in Oldenburg aufgegriffen werden. Da ist die Frage nach Kontinuität und Wechsel beim Führungspersonal, aber auch die Hoffnung auf Überwindung der Inferiorität der Katholiken, die als Desiderat angesehen wurde. Hinzu kommt die Rolle der Frauen, die 1919 erstmals das aktive und passive Wahlrecht erhielten und rein zahlenmäßig einen neuen gewichtigen Faktor bei Wahlen darstellten. Ebenso ist die Stellung des katholischen Klerus innerhalb der Partei zu behandeln. Einen Schwerpunkt bildet als inhaltlich zentrales Thema der katholischen Partei die bereits aus der „Kursbestimmung“ auf dem Oldenburger Katholikentag ablesbare Wahrung der Interessen von Kirche und Schule vor dem Hintergrund einer neuen Verfassung und weiterer Umgestaltungen des Staatswesens. Mit welcher Grundhaltung das Zentrum dieser politisch unruhigen Zeit entgegentrat, ist ebenfalls zu berücksichtigen. Alle diese Aspekte sollen anhand der beiden wichtigsten Zäsuren am Beginn der Weimarer Republik überprüft werden, des Gründungsjahrs 1919 und des Krisenjahrs 1923.

Erste Standortbestimmung – die Rolle des Zentrums beim Übergang von der Monarchie zur Republik 1918/19

Am Vorabend der Errichtung der Republik erscheint für das oldenburgische Zentrum bestimmend, dass es nahezu das gesamte Kaiserreich über nach außen im Wesentlichen von der Familie von Galen repräsentiert wurde.²¹ Der 3. Oldenburgische Wahlkreis mit seiner katholischen südoldenburgischen Mehrheit war das, was man zu dieser Zeit einen Riviera-Wahlkreis nannte. Eine sichere Bank des Zentrums, wobei sowohl Ferdinand Heribert von Galen, der ihn seit Beginn der 1870er Jahre 30 Jahre in Berlin vertrat, als auch sein Sohn Friedrich Matthias von Galen, der ihm 1907 nach kurzer Unterbrechung folgte, keineswegs geneigt waren, ihre Zeit an der damals als Erholungsort der Reichen bekannten Riviera zu verbringen. Für die Gutsherren auf Burg Dinklage war nämlich „ein ungewöhnliches Maß von Interesse und Verständnis für die Fragen des öffentlichen Lebens“ prägend, wie ihr Sohn bzw. Bruder, der spätere Kardinal Clemens August von Galen, in seiner „Haus- und Familienchronik“²² formulierte. Gemeint war eine Mischung aus Prinzipientreue und Pflichtbewusstsein, die sie stets in ihrer Heimat und in der Reichshauptstadt präsent sein ließ. Bezeichnend erscheint, dass diese Ära des Adels in der oldenburgischen Zentrumspolitik exakt mit dem Sturz der Monarchie 1918 durch eine bürgerliche Ära abgelöst wurde. Äußere Ursache war der frühe und plötzliche Tod von Graf Friedrich Matthias genau am 10. November 1918, am Tag nach der Abdankung des Kaisers, übrigens als Opfer der damaligen Pandemie, die als „Spanische Grippe“ bezeichnet wurde.

21 Vgl. Michael Hirschfeld, Glaube und Adelsstand als Motivation für ein politisches Engagement. Zur Biographie der Reichstagsabgeordneten Ferdinand Heribert (1831–1906) und Friedrich Matthias von Galen (1865–1918), in: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland, 61 (2012), S. 49–72.

22 Clemens August von Galen, Haus- und Familienchronik der Grafen von Galen auf Burg Dinklage und Haus Assen, begonnen im Jahr des Heils 1925, unveröffentlichtes Manuskript, S. 15.

Sein jüngerer Bruder Franz von Galen, der im ersten Nachkriegsjahrzehnt die Burg Dinklage verwaltete, ließ sich erst in der Endphase der Weimarer Republik in die Pflicht nehmen, ein politisches Mandat zu bekleiden, zuletzt als Abgeordneter des Zentrums im Preußischen Landtag.²³ Vielleicht beherzigte er den Ratschlag von Friedrich Matthias, der ihm noch im Mai 1918 aus Berlin geschrieben hatte: *Die Politik ist so dreckig wie nur je, freue dich, dass du nichts damit zu tun hast.*²⁴ Wahrscheinlicher erscheint es aber, dass die oldenburgische Parteiführung Franz von Galen zumindest in den ersten Nachkriegsjahren schlicht links – oder wie sie es womöglich politisch verstand, rechts – liegengelassen hat. Denn Friedrich Matthias von Galen hatte im Verlauf des Ersten Weltkriegs immer deutlichere Kritik an einem zunehmenden Linkskurs des Zentrums geübt: *Das Unglück ist geschehen, nicht mehr rückgängig zu machen und führt uns zum Sterben, das Los des Zentrums ist besiegelt*, prophezeite er seinem politisch sehr wohl interessierten Bruder Franz von Galen in einem Brief vom Juli 1917 und offenbarte ihm weiter: *Ich bin verzweifelt, sehe gar keine Rettung mehr, die Revolution ist schon da, kommt aber noch ganz anders.*²⁵

Veränderungen im Führungspersonal

Für eine solche, im Übrigen durchaus prophetische Verdammung der Revolution war in deren Angesicht kein Platz mehr. Der Wechsel des politischen Systems ließ es offensichtlich geboten erscheinen, auch neue und jetzt bürgerliche Köpfe in die Verantwortung zu ziehen. Vor allem wollte man nicht länger von der Peripherie aus wirken, an der Dinklage aus Sicht der Residenzstadt Oldenburg zweifellos lag. Ein wichtiges Desiderat sah man in der Zurücksetzung der Katholiken von höheren Regierungsämtern in der Monarchie. Auf Reichsebene trat 1919 der am Reichsgericht in Leipzig tätige Jurist Eduard Burlage, gebürtig aus Huckelrieden bei Lönningen, wieder auf den Plan, der im Wahlkampf zur Nationalversammlung 1919 verschiedentlich als Redner auftrat und – wie etwa aus Delmenhorst berichtet – erklärte, *er sei bisher Monarchist gewesen, jetzt stelle er sich mit aller Bestimmtheit auf den Boden der Republik*²⁶.

Vor Ort wurde im Zuge der Novemberrevolution Anfang Dezember 1918 ein regionales Wahlbüro in Vechta eingerichtet,²⁷ im Grunde eine Art erste Parteizentrale für die sich vor dem Ersten Weltkrieg im Wesentlichen nur im Vorfeld anstehender Wahlen formierenden Parteigremien auf lokaler Ebene und Landesebene. Die beherr-

23 Vgl. Joachim Kuropka, Aus heißer Liebe zu unserem Volk und zu unserer hl. Kirche. Franz Graf von Galen als Politiker, in: Oldenburger Jahrbuch, 107 (2007), S. 101-125. Im Erscheinen ist eine Dissertation von Josephine von Weyhe, Franz Graf von Galen (1879–1961). Ein „Miles Christianus“ im Spannungsfeld zwischen Katholizismus, Adel und Nation, Münster 2020.

24 Friedrich Matthias von Galen an Franz von Galen v. 23.5.1918, in: LWL Archivamt für Westfalen, Nachlass Galen, Franz von Galen, Privatkorrespondenz.

25 Friedrich Matthias von Galen an Franz von Galen v. 10.7.1917, ebd.

26 Delmenhorster Kreisblatt v. 11.1.1919, zit. nach Hirschfeld, Gesellschaftliche Integration oder konfessionelle Separation? (wie Anm. 14), S. 172.

27 Vgl. OV v. 3.12.1918, dazu auch Norbert Krümpelbeck, Studien zur Organisationsstruktur der Zentrumspartei in Süddoldenburg 1917–1925, ungedruckte Prüfungsarbeit Universität Osnabrück, Abteilung Vechta 1980, S. 143.

schende Figur wurde der Vechtaer Rechtsanwalt Dr. Alwin Reinke.²⁸ Er verantwortete nicht nur die veränderte Satzung der Partei juristisch, sondern löste im September 1919 außerdem den aus Altersgründen nicht mehr kandidierenden Fabrikanten Friedrich Taphorn aus Lohne, der fortan Ehrenvorsitzender war, als Landesvorsitzenden ab.²⁹ Reinke genoss im Übrigen auch als führender Vertreter der Heimatbewegung im Oldenburger Münsterland sowie als populärer Heimatschriftsteller eine große Bekanntheit.³⁰ So bewarb die OV in ihrem Anzeigenteil 1919 mehrfach seine Sammlung von „Visbeker Sagen“.³¹ Nach Reinkes Memoiren erfolgte die Wahl nur mit knapper Mehrheit und nach langen Diskussionen.³² In der Lokalpresse ist dagegen davon die Rede, die Wahl sei *fast einstimmig* erfolgt.³³ Reinke wurde von einem der führenden Bauern Süldenburgs, dem Ökonomierat Josef Meyer Hemmelsbühren, protegiert, der nicht nur Gemeindevorsteher in Krapendorf war, sondern außerdem sein Schwiegervater. Vor allem aber repräsentierte Alwin Reinke den Typus des kleinstädtischen Bildungsbürgers, der sowohl auf eine studentische Peregrinatio an verschiedenen deutschen Universitäten (Freiburg/Breisgau, Berlin und Kiel) als auch auf eine berufliche Tätigkeit in der Landeshauptstadt Oldenburg zurückblicken konnte und der zudem einen Erfahrungsschatz aus vierzehn Jahren Parteivorsitz besaß.³⁴ Auch wenn er nie als Mandatsträger in Erscheinung trat, war er die graue Eminenz der Partei, der „Parteiapost“, wie ihn andere nannten, ein Beinamen, mit dem Alwin Reinke übrigens auch in seinen Lebenserinnerungen kokettierte.³⁵ Zur zentralen Gestalt der oldenburgischen Zentrumsparlei wurde aber Dr. Franz Driver,



Abb. 5: Wie eng Zentrumsparlei und katholische Kirche bei der Organisation des ersten Oldenburger Katholikentages 1920 zusammenwirkten, lässt sich daran ablesen, dass der Reichstagsabgeordnete Eduard Burlage (1857–1921) als Präsident dieser kirchlichen Veranstaltung fungierte. Aus: Festbuch des ersten Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg, Cloppenburg o.J. [1920], Foto nach S. 40

28 Zu Reinke vgl. Hans Varnhorst, Erinnerungen an Alwin Reinke, in: Heimatblätter. Beilage zur Oldenburgischen Volkszeitung, Jg. 53 (1974), S. 1-5; Raimund Hethy, Reinke, Alwin, in: Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg (wie Anm. 3), S. 586 f.

29 Vgl. OV v. 14.9.1919. Bei Eckhardt/Wyrsh (wie Anm. 3), S. 519, wird Taphorns Vorsitz zeitlich nicht genau datiert.

30 Vgl. Michael Hirschfeld, „Die Heimat ist der festeste Halt, der uns geblieben ist.“ Gründung und Neugründung des Heimatbundes im Zeitalter der Weltkriege (1919 und 1949), in: Ders. (Hg.), Im Einsatz für die Heimat. 100 Jahre Heimatbund für das Oldenburger Münsterland 1919–2019, Cloppenburg 2019, S. 9-52.

31 Vgl. Anzeigen im Jahrgang 1919 der OV u. Alwin Reinke, Visbeker Sagen, Vechta 1919.

32 Vgl. Alwin Reinke, Aus einem stillen Winkel. Lebenserinnerungen eines alten Mannes, Vechta 1947.

33 OV v. 20.9.1919.

34 Vgl. Alwin Hanschmidt, Prof. Dr. Georg Reinke (1874–1955). Studium und Ausbildung des Wanders durch das Oldenburger Münsterland, in: Hirschfeld, Im Einsatz für die Heimat (wie Anm. 30), S. 118-135. Zu Alwin Reinke hier S. 121-123.

35 Vgl. Reinke, Aus einem stillen Winkel (wie Anm. 32), S. 84.

der 1919 als erster Katholik in die Regierung eintrat und das Ministerium für Finanzen und Handel übernahm, das im Folgejahr um das Ressort für Justiz erweitert wurde. Im Gegenzug musste er sein Landtagsmandat niederlegen. Bezeichnend erscheint, dass die Familie Driver auf eine ähnlich lange bürgerliche Tradition in Südoldenburg zurückblicken konnte wie die Galens auf eine adelige Tradition.³⁶ Während Mitglieder der Familie von Galen als Drost des Amts Vechta tätig waren, bekleideten Angehörige der Drivers über Generationen die Position des Amtsrentmeisters. Aber nicht nur, dass die bürgerliche Tradition nunmehr en vogue war, Franz Driver hatte es auch geschafft, als erster Katholik 1906 Oberverwaltungsgerichtsrat in der Residenzstadt zu werden, er stand also gleichsam auf Augenhöhe mit dem protestantischen Oldenburger Bürgertum. Das war Grund genug, ihn 1919 auf Platz 1 der Zentrums-Landesliste zu setzen. Neben dem promovierten Juristen Driver war man im Vorfeld der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung bemüht, als Weltanschauungspartei keine Berufsgruppe bevorzugt zu vertreten. Die Landtagsfraktion sollte einen repräsentativen Querschnitt der katholischen Bevölkerung darstellen. Für die Selbständigen konnte der Apotheker Bernard König aus Lönningen stehen, der aber zugleich als Interessenvertreter der Landwirte im Raum Lönningen/Essen vorgeschlagen worden war.³⁷ Er war ebenso wie Driver, der Brennereibesitzer Heinrich Enneking aus Borringhausen bei Damme und Bürgermeister Ignaz Feigel aus Cloppenburg bereits vor 1918 Abgeordneter gewesen. Ein Novum stellte erstmals der Exponent der Heuerleute und Pächter dar, es handelte sich um Bernard Willenborg aus Höne bei Dinklage.³⁸ Auch die katholischen Volksschullehrer waren zum ersten Mal repräsentiert, und zwar auf Betreiben des Katholischen Oldenburgischen Lehrervereins (KOLV) durch den Vechtaer Hauptlehrer Johannes Denis.³⁹ Neu dazu kamen ebenfalls drei Vertreter aus Nordoldenburg: Speziell die Interessen der Arbeiter vertrat dabei Wilhelm Sante.⁴⁰ In der Zentrale des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach geschult, hatte er sich seit 1912 als erster hauptamtlicher Sekretär der Katholischen Arbeitervereine und des Volksvereins in Oldenburg einen guten Ruf erworben. Aus Rüstringen war der selbständige Schlossermeister Arthur Raschke⁴¹ vertreten, der die Interessen von Handwerkern und Arbeitern repräsentieren sollte. Der Delmenhorster Textilkaufmann Carl Leffers war dort als Initiator des politischen Katholizismus hervorgetreten und hatte zahlreiche kirchenverbundene, aus entfernten katholischen Regionen zugewanderte Arbeiter angeregt, die oldenburgische Staatsangehörigkeit zu beantragen.⁴² Hinzu traten ge-

36 Vgl. Harald Schieckel, Beamtenfamilien des Oldenburger Münsterlandes, in: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1989, S. 129-141; Ders., Die Beamtenfamilien Driver, Bothe und Farwick in Vechta, in: Wilhelm Hanisch / Franz Hellbernd / Joachim Kuropka (Bearb.), Beiträge zur Geschichte der Stadt Vechta, Bd. 4, Vechta 1991, S. 47-51.

37 Vgl. OV v. 20.2.1919.

38 Zu Willenborg (1880–1967) vgl. Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 563.

39 Zu Denis (1871–1935) vgl. ebd., S. 175 f.; Walter Denis, Johannes Denis, in: Hanisch / Hellbernd / Kuropka, Beiträge zur Geschichte der Stadt Vechta (wie Anm. 36), S. 151-157.

40 Zu Sante (1886–1961) vgl. Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 457 f.

41 Zu Raschke (1883–1967) vgl. Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 432 f.

42 Zu Carl Leffers (1869–1929) vgl. Michael Hirschfeld, Carl Leffers, in: Emsländische Geschichte, 8 (2000), S. 227-230; Ders., Carl Leffers (1869–1929). Katholischer Kaufmann – Kommunal- und Landespolitiker – Kirchlicher Mäzen, in: Delmenhorster Heimatjahrbuch 2002, S. 68-74; Ders., Carl (1869–1929) und

meinsam mit seinem ebenfalls politisch aktiven Bruder Heinrich Leffers⁴³ soziale Projekte in Delmenhorst, welche die Bindekraft der katholischen Arbeiter erhöhten. Insgesamt ist nicht nur eine breitere räumliche Aufstellung der Mandatsträger zu konstatieren, sondern zugleich eine erstmalige Repräsentanz der unteren sozialen Schichten.

Zustimmung zur Republik als Hoffnung auf Überwindung der Inferiorität

Gerade auch die Zentrumspresse wurde nicht müde, die aus ihrer Sicht verfehlte Politik der großherzoglichen Regierungen in der Retrospektive zu kritisieren. Die Regierung habe aus Fachministern bestanden und die katholische Minderheit in Südo-ldenburg sei dort bis 1918 nicht repräsentiert gewesen.⁴⁴ Als starkes Zeichen wurde in der OV die Entscheidung für parlamentarische Ministerien und in der Folge die Ernennung von Franz Driver zum Finanzminister angesehen. Wenn im Nebensatz darauf verwiesen wurde, dass erstmals seit 115 Jahren ein Katholik Regierungsverantwortung trage, war dies eine Anspielung auf die als glücklich betrachtete Zugehörigkeit zum Fürstbistum Münster, die 1803 mit der Säkularisation geendet hatte, auch signalisierte es zugleich die Hoffnung, an die Zustände unter geistlicher Herrschaft wieder anknüpfen zu können.⁴⁵ *Möge das der Anfang zum Besseren sein*⁴⁶, kommentierte die Zentrumszeitung. Dass der Ernennung eines katholischen Ministers in Oldenburg ein solcher Stellenwert beigemessen wurde, lag nicht allein an dem Novum selbst, sondern auch an der noch nach mehr als einem Jahrzehnt dem Staatsministerium nachgetragenen Tatsache, dass Willoh 1908 die anstehende Ernennung zum Regierungspräsidenten in Eutin verweigert worden war. Das Gefühl der Zurücksetzung wirkte noch weit über die Zäsur 1918 nach und erhöhte im Zentrum die Sympathien für die Weimarer Republik. Bezeichnend für diese Haltung ist das sehr freimütige Bekenntnis von Ignaz Feigel in einer Landtagsdebatte im Mai 1922: *Ich, für meine Person, kann erklären, dass mir der Übergang zur Demokratie und Republik persönlich nicht schwergefallen ist, denn ich habe unter dem alten Regime Zustände erlebt, die zum Himmel schreien*⁴⁷.

Als Voraussetzung für eine stärkere Einbindung der Katholiken in höhere Staatsämter sah man in Zentrumskreisen die Einmütigkeit im politischen Bekenntnis für das Zentrum. Mit Parolen wie *Jede Stimme der christlichen Volkspartei* oder *Der 23. Februar* [Tag der Wahl der verfassunggebenden Landesversammlung 1919] *soll ein Ruhmesblatt in*

Heinrich Leffers (1865–1936), in: Werner Garbas / Frank Hethy (Hg.), *Delmenhorster Lebensbilder. Menschen und ihre Beziehungen zu Delmenhorst*, Delmenhorst/Berlin o.J. [2004], S. 101–104; Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 341 f.

43 Zu Heinrich Leffers (1865–1936) vgl. Michael Hirschfeld, *Heinrich Leffers*, in: *Emsländische Geschichte*, 8 (2000), S. 230–234; Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 342 f.

44 Vgl. OV v. 20.2.1919.

45 Vgl. OV v. 22.6.1919.

46 OV v. 26.6.1919.

47 Stenographische Berichte (wie Anm. 16), II. Landtag, 6. Versammlung, Sitzung v. 23.5.1922.

der Geschichte der christlichen Volkspartei Oldenburgs werden⁴⁸, wurden die Zeitungsleser angefeuert, dem Zentrum ihre Stimme zu geben. Für die überparteiliche Akzeptanz der Zentrumsparlamentarier spricht die Tatsache, dass sowohl Franz Driver bei der Wahl der Minister als auch Ignaz Feigel als zweiter Vizepräsident bei der Wahl des Landtagspräsidiums im Vergleich die meisten, 1922 sogar sämtliche Stimmen erhielten.⁴⁹ Die Zustimmung des Landesparlaments ging also weit über die Reihen der elf (1919) bzw. zehn (1920) Abgeordnete stellenden katholischen Fraktion hinaus.

Dennoch blieb die untergeordnete Stellung der Katholiken in Oldenburg das Hauptargumentationsmuster des Zentrums. Als Beispiel wurde die Rolle eines Schlusslichts im Bildungswesen aufgegriffen. So wies Landtagsvizepräsident Feigel darauf hin, dass im katholischen Landesteil nur ein Gymnasium – in Vechta – zur Reifeprüfung führe, und setzte sich nachdrücklich dafür ein, das erst 1914 errichtete Realgymnasium in Cloppenburg zu einer „Vollanstalt“ ausbauen und ebenfalls bis zum Abitur führen zu lassen.⁵⁰

Frauen als neue Wählerklientel

Parallel zu den Neuerungen griff die Parteiorganisation vor Ort zunächst auch alte Gepflogenheiten wieder auf. Als die im Vorfeld einer Wahl notwendige Aktivierung des Gemeindeausschusses der Partei in Friesoythe wie gewohnt nur unter Heranziehung von männlichen Honoratioren geschah, mahnte ein anonymer Leserbriefschreiber, die Frauen als neue Wählerklientel nicht zu vergessen und in demokratischer Weise einzubinden, was unbedingt *im Interesse unserer Sache*, also des Zentrums, sei. Anderenfalls *muss man sich nicht wundern, wenn die Wahlen anders ausfallen, als man denkt. Das Volk wird sich diesmal nicht am Gängelbände führen lassen*⁵¹, wurde hier gewarnt. Dass die Gewinnung weiblicher Wähler ein wesentlicher Faktor für den Erfolg war, erkannten die Verantwortlichen schon bald. In der Analyse des Ergebnisses für die Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung hieß es in der OV anerkennend: *Vor allem haben unsere Frauen gezeigt, dass sie den Ernst der Stunde begriffen haben*⁵². Als Dr. Alwin Reinke den Leserinnen und Lesern der OV im März 1919 ausführlich eine modifizierte Satzung der Oldenburgischen Zentrumspartei vorstellte, wies er deutlich auf die Neuerung hin, dass ein Drittel der Mitglieder der Gemeindeausschüsse der Partei künftig weiblich sein müsse. Die aus jeweils 20 bis 100 Mitgliedern bestehenden Gemeindeausschüsse könnten sich sogar bis zur Hälfte aus Frauen zusammensetzen.⁵³ Bei der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung im Februar 1919 stand aber nur eine Frau auf der Landesliste. Die Positionie-

48 OV v. 16.1.1919 u. v. 17.2.1919.

49 Driver wurde 1919 mit 37 Stimmen zum Minister, Feigel am 24.6.1920 mit 42 von 46 Stimmen und am 18.11.1920 mit 35 von 42 Stimmen und am 10.1.1922 mit allen 43 Stimmen zum Landtagsvizepräsidenten gewählt. Vgl. Stenographische Berichte (wie Anm. 16).

50 Vgl. ebd., Landtag 1916–19, Sitzung v. 17.2.1919, ebd., S. 114.

51 MT v. 28.12.1918. Zu diesen und allen weiteren, Friesoythe betreffenden Aspekten vgl. Hirschfeld, Friesoythe (wie Anm. 14).

52 OV v. 16.2.1919.

53 Vgl. Alwin Reinke, Die Satzung der oldenburgischen Zentrumspartei, in: OV v. 22.3.1919.

rung von Maria Brand⁵⁴, Mitinhaberin eines gut gehenden Textilgeschäfts in Essen/Oldenburg, auf Platz 13 mag aus heutiger Sicht kritikwürdig erscheinen. Aber 1919 war sie von allen Parteien in Oldenburg die bestplatzierte Frau.⁵⁵ Weil sie als Nachrückerin in das Landesparlament einzog, kommt ihr eine Pionierrolle zu, an die bei den folgenden Wahlen des Jahres 1920 die auf Platz 14 nominierte Gattin des Friesoyther Amtshauptmannes Josef Haßkamp, Sophia Haßkamp geborene Diebels (1878–1945), nicht anknüpfen konnte. Die Deutsche Volkspartei (DVP) entsandte erst 1921 mit Auguste Henke, der Ehefrau eines bei der Norddeutschen Wollkämmerei in Delmenhorst tätigen Prokuristen, die erste Frau in das Landesparlament, die SPD sogar erst 1931 mit Ilsa Wübbenhorst.⁵⁶ Nicht ganz zufällig erfolgte Anfang 1919 auf Anregung der aus Krimpenfort bei Lohne stammenden Lehrerin und Ärztin Wilhelmine Janssen⁵⁷ die Gründung von Ortsvereinen des Katholischen Frauenbundes in Vechta, Cloppenburg und Rüstringen.⁵⁸ Erstmals geworben hatte Janssen dafür auf einer Wahlversammlung des Zentrums im Dezember 1918 in Vechta.⁵⁹

Klerus als Stichwortgeber im Hintergrund

Ähnlich wie der „Parteipapst“ agierten Geistliche insbesondere im Hintergrund als Organisatoren, Redner und Publizisten für die Zentrumspartei.⁶⁰ Im Nebenjob, der zumindest zu Wahlkampfzeiten zu einer Hauptbeschäftigung wurde, waren hier besonders Hilfsgeistliche und in der sogenannten kategorialen Seelsorge tätige Priester aktiv. Beispielsweise war das Amt des Strafanstaltspfarrers in Vechta seelsorgerisch offenbar nicht besonders herausfordernd. Hatte es dem bekannten Regionalhistoriker Karl Willoh Muße zu wissenschaftlicher Arbeit gegeben, bot es seinem seit 1915 amtierenden Nachfolger August Hackmann⁶¹ Freiraum, die Leitung des bereits erwähnten Wahlbüros der Partei zu übernehmen – erst 1930 wurde mit dem Diplom-Landwirt Alois Brendebach⁶² ein hauptamtlicher Generalsekretär angestellt – und bei verschiedenen Wahlversammlungen vor der Wahl zur Nationalversammlung im

54 Zu Brand (1877–1956) vgl. Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 139; Christina Neumann, Maria Brand, in: Maria Anna Zumholz (Hg.), *Starke Frauen. Lebensbilder von Frauen aus dem Oldenburger Münsterland im 19. und 20. Jahrhundert*, 2. Aufl. Münster 2014, S. 85–89.

55 Vgl. Hirschfeld, *Wählerwerbung durch Berufsvielfalt* (wie Anm. 14).

56 Zu Henke (1867–1951) u. Wübbenhorst (1885–1966) vgl. Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 269 f. u. 568.

57 Zu Janssen (1892–1976) vgl. Maria Anna Zumholz, *Wilhelmine Janssen*, in: Dies. (Hg.), *Starke Frauen* (wie Anm. 54), S. 121–129.

58 Vgl. Maria Anna Zumholz, „Das Weib soll nicht gelehrt seyn“. Konfessionell geprägte Frauenbilder, Frauenbildung und weibliche Lebensentwürfe von der Reformation bis zum frühen 20. Jahrhundert. Eine Fallanalyse am regionalen Beispiel der Grafschaft Oldenburg und des Niederstifts Münster, seit 1774/1803 Herzogtum Oldenburg, Münster 2016, S. 43 f.

59 Vgl. OV v. 25.12.1918.

60 Vgl. zu diesem Abschnitt auch Hirschfeld, *Wählerwerbung durch Berufsvielfalt* (wie Anm. 14), S. 291–294.

61 Zu Hackmann vgl. Michael Hirschfeld, *August Hackmann*, in: Willi Baumann / Peter Sieve (Hg.), *Der katholische Klerus im Oldenburger Land. Ein Handbuch*, Münster 2006, S. 310–312; Ders., *August Hackmann (1871–1949)*, in: Zumholz / Hirschfeld / Deux, *Biographien und Bilder* (wie Anm. 3), S. 183–186.

62 Zu Brendebach (1896–1991) vgl. Herlemann (wie Anm. 2), S. 61, u. Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 140 f.

Januar 1919 als Redner aufzutreten. Auf Einladung lokaler Wahlkomitees appellierte er – wie etwa aus Lastrup überliefert – an *die heilige Pflicht ... , das Wahlrecht auszuüben, da es um die höchsten Güter, nämlich Schule und Kirche, ginge*⁶³. Im September 1919 übernahm er außerdem den Posten des Schriftführers im Landesvorstand, den 22 Jahre lang der sozialpolitisch sehr aktive Lohner Kaplan Anton Stegemann innegehabt hatte, der auch die Werbetrommel für die landesweite Verbreitung des Volksvereins für das katholische Deutschland gerührt hatte.⁶⁴ Letzterer sollte nach seiner Maßgabe auch die politische Schulung der Parteimitglieder bewerkstelligen.⁶⁵ Als neu ernannter Pfarrer von Lohne fehlte Stegemann jedoch die Zeit, um diesen Posten nebenher weiter auszufüllen. Neben Stegemann und Hackmann ist in diesem Zusammenhang der Vechtaer Kaplan Georg Thole zu nennen, der seit 1904 als Hauptschriftleiter der OV für „eine feste redaktionelle Verankerung der Zeitung in der Bevölkerung“⁶⁶ sorgte. Als Zölibatäre hatten die Geistlichen den nötigen Freiraum und konnten, wie von Kaplan Thole überliefert, „oft halbe Nächte“⁶⁷ an Zeitungsartikeln sitzen.

Auch bei den erwähnten Parteiprechstunden sollen Priester erschienen sein, sicherlich auch mit dem Anspruch, zentrumskritischen Wählern zu verdeutlichen, wo die Sympathie der Kirche lag. Den ersten Anstoß für das von christlichem Geist getragene Engagement des Heuermanns Anton Themann gab nach dessen Erinnerung der Brief eines Geistlichen, der ihm riet, aktiv zu werden, um die katholischen Heuerleute Südoldenburgs vor dem Marxismus zu bewahren.⁶⁸

Einsatz für die Rechte der Kirche

Flankiert von einer Fülle von Eingaben zu mehreren Massenpetitionen aus Südoldenburg, an denen sich an die 100.000 Katholiken aus dem ganzen Oldenburger Land beteiligten, wurden die Debatten der verfassunggebenden Landesversammlung über die Rechte der Kirchen im neuen Freistaat Oldenburg. Auch in der Lokalpresse war der künftige Kurs des Staates gegenüber der katholischen Kirche ein wichtiges Thema.⁶⁹ Gegen den Widerstand liberaler und vor allem sozialdemokratischer Abgeordneter konnte sich die Formulierung in § 17, dass *jede Religionsgesellschaft ... ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes ordnet, durchsetzen*.⁷⁰ Alternativ hatte eine Wiederaufnahme des Wortlauts dieses Paragra-

63 MT v. 15.1.1919.

64 Stegemanns Rolle im Zentrum ist bisher noch nicht untersucht worden. Zur Person vgl. Werner Rohe, Pfarrer Anton Stegemann – christlich-sozialer Vorkämpfer des Oldenburger Landes und Gründer der KAB Lohne 1904, in: „Gott segne die christliche Arbeit!“ 100 Jahre KAB Lohne (1904–2004), Lohne 2004, S. 49–53; Benno Dräger, Anton Stegemann (1863–1931), in: Baumann / Sieve, Der katholische Klerus (wie Anm. 61), S. 512–514.

65 So Stegemann auf der Landesausschusssitzung der Zentrumspartei. OV v. 8.3.1919.

66 Wegmann, 150 Jahre Oldenburgische Volkszeitung (wie Anm. 17), S. 72.

67 Ebd., S. 75.

68 Vgl. die maschinenschriftlichen Erinnerungen von Anton Themann, in: Offizialatsarchiv Vechta. Für die Bereitstellung von den Untersuchungszeitraum betreffenden Auszügen gilt Archivar Peter Sieve M.A. der Dank des Verfassers.

69 Vgl. z.B. Die Kirchenpolitik in der oldenburgischen Verfassung, in: OV v. 16.4.1919.

70 Zunächst sollte der Passus aus dem oldenburgischen Staatsgrundgesetz v. 1852 übernommen werden, demgemäß die selbständige Ordnung *unbeschadet der Rechte des Staates* geschehe. Vgl. Stenographische Berichte (wie Anm. 16), Verfassunggebende Landesversammlung, Sitzung v. 22.5.1919, ebd., S. 77.

phen aus dem oldenburgischen Staatsgrundgesetz von 1852 zur Diskussion gestanden, demzufolge die Freiheit der Kirchen durch den Zusatz *unbeschadet der Rechte des Staates* eingeschränkt worden war. Franz Driver, zu diesem Zeitpunkt noch Zentrumsabgeordneter, beklagte, dieser Zusatz habe über Jahrzehnte hinweg dazu geführt, dass der oldenburgische Staat die katholische Kirche *polizeilich in kleinlichster Weise zu bevormunden*⁷¹ versucht habe. Insofern wurde die auf Reichsebene verankerte Trennung von Staat und Kirche als Vorbild für die Neuregelung der Situation in Oldenburg vom Zentrum im Grundsatz überschwänglich begrüßt. Gleichzeitig wollte man aber auch den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen, wie sich an den Debatten im Landtag über die Erhöhung und Auszahlung der sogenannten Bauschsumme, also der Staatsleistungen an die Kirche, zeigte. Erst durch eine Gesetzgebung auf Reichsebene sollte diese abgeschafft werden. *Wir Katholiken sind nicht in der Lage, unseren Geistlichen das Gehalt geben zu können, das sie zu einem standesgemäßen Leben nötig haben*⁷², begründete der Abgeordnete Feigel im Juli 1920 den Antrag auf Erhöhung der Leistungen, dem nach Diskussionen im Landtag auch zumindest für ein Jahr stattgegeben wurde. Als Feigel, der selbst ursprünglich hatte Priester werden wollen, diesen Wunsch aber bedingt durch den frühen Tod seines Vaters nicht realisieren konnte, Monate später unter Verweis auf die noch ausstehende Ausbezahlung der vereinbarten erhöhten Bauschsumme nochmals die *Not vieler Geistlicher*⁷³ beklagte, erwiderte Staatsminister Graepel schroff, diese Frage gehöre nicht in das Parlament, was die Kirche mit ihrem Geld mache, sei ihre Sache. Mehrere Abgeordnete anderer Fraktionen zeigten sich ebenso entrüstet über die Intensität, mit der seitens des Zentrums auf Catholica insistiert würde. Sie interpretierten den Paragraphen über die eigenständige Ordnung ihrer Angelegenheiten durch die Kirchen in der Weimarer und Oldenburgischen Verfassung als klaren Hinweis auf eine nicht länger notwendige Beschäftigung des Parlaments mit entsprechenden Fragen. Als die Diskussion um Staatsleistungen für die Kirche in Form der Finanzierung der Kirchenbehörde, des Bischöflichen Officialats in Vechta, im Folgejahr erneut aufflammte, stellte Ignaz Feigel gleich fest, dass die Katholiken *Manns ... und auch willens genug [seien], um diejenigen Ausgaben aus unseren Mitteln zu bestreiten, welche notwendig sind, um unsere Geistlichkeit standesgemäß und würdig zu erhalten*⁷⁴. Allerdings lasse der Staat das Officialat verhungern und berücksichtige nicht die aus § 8 der Konvention von Oliva von 1830 resultierende Finanzierungsverpflichtung, die unabhängig von der Bauschsumme sei. Feigel konnte äußerst scharfzüngig reagieren, wenn er die kirchlichen Interessen in irgendeiner Weise in Misskredit gebracht sah. Ein Beispiel ist seine Antwort auf eine Provokation des Rühringer SPD-Abgeordneten Emil Zimmermann, der im Landtag unter Verweis auf die aktuelle Kriminalitätsstatistik den Katholiken eine höhere Straffälligkeit als Protestanten attestiert hatte. Feigel warf daraufhin seinem politischen Kontrahenten vor, *dass hier bei Ihnen weniger die Kenntnis der von Ihnen vorgebrachten Dinge die Veranlassung ist, als der Wunsch, religiösen Anschauungen, mit denen Sie bekanntlich nichts zu tun haben, im Landtag eins auszuwischen*⁷⁵.

71 Ebd. Zu dieser Debatte vgl. auch Kuropka, Die katholische Kirche im 20. Jahrhundert (wie Anm. 13), S. 525 f.

72 Stenographische Berichte (wie Anm. 16), II. Landtag, 1. Versammlung, Sitzung v. 29.7.1920, S. 175.

73 Ebd., II. Landtag, 3. Versammlung, Sitzung v. 9.12.1920.

74 Ebd., Sitzung v. 28.4.1921, S. 360.

75 Ebd., II. Landtag, 6. Versammlung, Sitzung v. 10.1.1922, S. 2.

Kampf für die Konfessionsschule

In besonderer Weise fühlte sich das Zentrum bei den Diskussionen über die Zukunft der Volksschulen auf den Plan gerufen. Die Partei werde *nicht schaukeln und kein Jota von unseren Grundsätzen aufgeben. Wir werden fortfahren, für die konfessionelle Schule einzutreten*⁷⁶. Markige Worte des Zentrumsabgeordneten Ignaz Feigel aus einer Debatte Anfang 1921 stellten in den Augen des SPD-Abgeordneten Paul Hug *ein politisches Glaubensbekenntnis, eine Programmrede*⁷⁷ dar. So sehr die Vehemenz der Bekräftigung des Status quo des in Oldenburg traditionell verankerten konfessionell gegliederten Schulwesens bei dessen Gegnern für Spott sorgte, so ernst war es der Partei. Dass im Februar 1919 mit Johannes Denis erstmals ein Vertreter der Volksschullehrer auf einem sicheren Listenplatz nominiert wurde, deutet bereits darauf hin, dass die Partei sich für Auseinandersetzungen in der verfassunggebenden Landesversammlung wappnen wollte und auf einen Experten zählte.⁷⁸ In der Wahlanalyse im Zentrumsblatt OV hieß es dann auch apodiktisch: *Unsere konfessionelle Schule muss unbedingt gesichert werden. In dieser Frage sind Kompromisse von vornherein ausgeschlossen.*⁷⁹ In der Praxis trat Denis vielfach als Schulexperte in Plenarsitzungen hervor. Dabei argumentierte er mit der kirchlichen Tradition sowie dem Elternwillen und bezeichnete die Konfessionsschule als Garantin des konfessionellen Friedens. *Wir sind der Ansicht, dass gerade die konfessionelle Schule die sicherste Gewähr bietet für die Erziehung in unserer Weltanschauung*⁸⁰, entgegnete er im April 1922 auf einen Vorstoß des SPD-Landtagsabgeordneten Wilhelm Svenson zur Einführung der Einheitsschule. Wie ernst es dem Zentrum bei dieser Thematik war, hatte sich während der Debatten um die neue Verfassung 1919 gezeigt, als in der Parteipresse ein Junktim zwischen der Garantie auf den Fortbestand der katholischen Schule und der weiteren Zugehörigkeit des katholischen Landesteils zu Oldenburg erfolgte. Damals war in Aussicht gestellt worden, gegebenenfalls *bei einem solchen größeren Staatsgebilde (Rheinland-Westfalen) Anschluss zu suchen, wo uns der Schutz dieser Rechte besser verbürgt erscheint*⁸¹.

Eintreten für Ruhe und Ordnung

Als der Zentrumsabgeordnete Bernard König in seiner Rolle als Alterspräsident – der Apotheker aus Löningen war 62 Jahre alt – am 20. März 1919 die erste ordentliche Sitzung der neugewählten verfassunggebenden Landesversammlung eröffnete, mahnte er zur Besonnenheit. Die Bevölkerung solle *nicht verzweifeln. Mit Ruhe und Ordnung im Inland kehrt das Vertrauen zu unserer Kraft zurück*. Aus diesen Worten spricht eine zweifache Intention: Zum einen erschien es dem Zentrumspolitiker not-

76 Ebd., II. Landtag, 3. Versammlung, Sitzung v. 10.2.1921, S. 72.

77 Ebd., S. 74.

78 Denis erhielt auf dem Vertretertag in Oldenburg am 5.2.1919 den 9. Platz auf der Liste. Vgl. OV v. 7.2.1919.

79 OV v. 11.3.1919.

80 Stenographische Berichte (wie Anm. 16), II. Landtag, 6. Versammlung, Sitzung v. 5.4.1922, S. 246.

81 Oldenburgische Zentrums politik, in: OV v. 19.2.1919.

wendig, in das Fahrwasser der Novemberrevolution 1918 geratene erhitzte Gemüter zu beruhigen und zum anderen die Autorität des neuen demokratischen Staates zu beschwören.⁸² Als er im Juni 1920 den neuen Landtag wiederum als Alterspräsident eröffnete, zeigte König sich erleichtert über das *Zeichen politischen Fortschritts, dass von jetzt an in Ruhe und Ordnung die Erneuerung und Entwicklung unseres so tief gedemütigten und erniedrigten Vaterlandes vor sich gehen kann*⁸³.

Den Widerstand der Katholiken gegen die Revolution machte auch der Reichstagsabgeordnete Pennemann auf dem eingangs genannten Oldenburger Katholikentag 1920 deutlich. Für Krawalle bzw. gewaltsame Proteste fehlte jedes Verständnis. Das signalisierte die OV auch wenige Monate vor dem Katholikentag ihrer Leserschaft in einem Bericht über Vorfälle in der Industriestadt Delmenhorst. *Was sich am Donnerstag hier zugetragen hat, spottet jeder Beschreibung. Es war nicht eine aus der Not der Zeit und den Entbehrungen hervorgegangene Erregung, auch nicht eine Art Selbsthilfe zur Herabsetzung der teuren Lebens- und Genussmittelpreise, die man verstehen könnte, sondern einfach aus Unverstand und Hass geborener Bandenraub und Plünderung.*⁸⁴ Das *Wüten der aufgepeitschten Masse* habe u.a. auch das Textilkaufhaus Leffers erreicht, aus dem sämtliche Ware geplündert worden sei. Die Empörung war in Vechta womöglich auch deshalb groß, weil die aus dem Emsland stammenden katholischen Geschäftsgründer einerseits in sozialen Belangen für die katholische Arbeiterschaft sehr engagiert und darüber hinaus auf Landesebene in der Zentrumspartei aktiv waren.

Zweite Standortbestimmung: das Krisenjahr 1923

Die zweite Schneise, die hier geschlagen wird, führt in das Krisenjahr 1923, in dem das Zerbrechen der Weimarer Koalition eine weitere wichtige Zäsur für den Kurs des Zentrums im Freistaat markierte. Allerdings handelt es sich hier nicht um eine spezifisch oldenburgische Besonderheit, vielmehr setzte nunmehr vor Ort eine Entwicklung ein, die auf Reichsebene schon vorexerziert worden war. Es waren vor allem die Meinungsverschiedenheiten in religiös-gesellschaftspolitischer Hinsicht, in erster Linie in der Schulfrage, welche die anfänglichen Koalitionspartner SPD und Zentrum aneinandergeraten ließen. Aus dem von Wolfgang Günther konstatierten Bemühen des Zentrums, die Weimarer Koalition im Freistaat durch die DVP zu erweitern, einen Rechtsruck der katholischen Partei abzuleiten, wäre wohl etwas zu überspitzt formuliert. Zwar bekräftigte die Landtagsfraktion ihre weitere Unterstützung der sogenannten Einheitsfront unter Tantzens Führung, aber drei Abgeordnete der Partei scherten aus und solidarisierten sich mit der DVP. Letztere provozierte ganz offenbar den Sturz der Regierung, die auch angesichts der wirtschaftlichen Situation ein Gesetz über eine Verlängerung der Wahlperiode bis zum Dezember 1923 eingebracht hatte. Während ein Teil der Zentrumsfraktion, darunter der neue

82 Vgl. Stenographische Berichte (wie Anm. 16), verfassunggebende Landesversammlung, Sitzung v. 20.3.1919.

83 Ebd., II. Landtag, 1. Versammlung, Sitzung v. 24.6.1920, S. 1.

84 Unruhen in Delmenhorst, in: OV v. 28.6.1920. Hier auch das folgende Zitat.

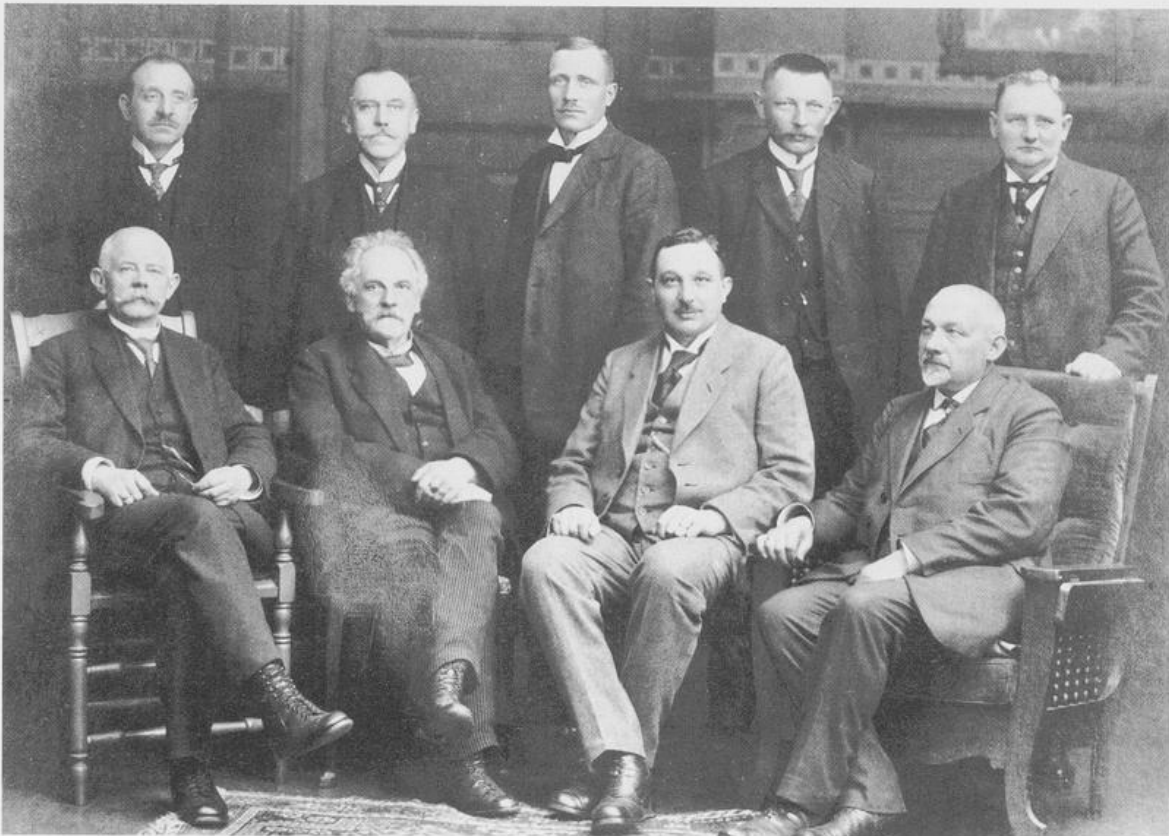


Abb. 6: Die Zentrumsfraktion im Oldenburgischen Landtag, 1923. Sitzend von links nach rechts: 1. Conrad Hartong, 2. Bernard König, 3. Heinrich Fröhle, 4. Heinrich Leffers; stehend von links nach rechts: 5. Johannes Denis, 6. Joseph Haßkamp, 7. Bernhard Eckholt, 8. Bernhard Willenborg, 9. Franz Meyer-Holte; es fehlt Wilhelm Sante.

Fraktionsvorsitzende Bernard König⁸⁵, die Wahlverschiebung unterstützte, enthielt sich ein anderer Teil der Stimme. Dass der Regierung Tantzen letztlich die notwendige Zweidrittelmehrheit fehlte und sie zurücktrat, ist daher auch der Uneinigkeit innerhalb der Zentrumsparterie zuzuschreiben. Die 1919 von katholischer Seite beklagte Einsetzung von Fachministern wurde – eine Ironie der Geschichte – mit dem im April 1923 auf Betreiben der Parteien der Weimarer Koalition im Landtag, also auch des Zentrums, eingesetzten Beamtenkabinetts unter Eugen von Finck als Ministerpräsident zur Realität.⁸⁶ Die von einigen Zentrumspolitikern geäußerte Hoffnung, dass dort christliche Prinzipien einen stärkeren Platz bekämen als in der Regierung Tantzen, mag zudem vor dem Hintergrund etwas widersprüchlich erscheinen, dass dort zunächst kein katholischer Minister vertreten war.

85 Vgl. Stenographische Berichte (wie Anm. 16), II. Landtag, 8. Versammlung, Sitzung v. 28.3.1923, S. 166. König war 1922/23 in Nachfolge des verstorbenen Ignaz Feigel Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Landtag.

86 Von Finck wurde mit 29 Stimmen bei 15 Gegenstimmen und einer Enthaltung gewählt. Vgl. ebd. (wie Anm. 16), II. Landtag, 8. Versammlung, Sitzung v. 17.4.1923, S. 168.

Die Wähler goutierten im Übrigen das Verhalten der katholischen Partei: Denn bei den turnusmäßig abgehaltenen Landtagswahlen im Juni 1923 konnte das Zentrum die bisherigen zehn Sitze halten. Erst als zwei Jahre später Bestrebungen zur Rückkehr zu einem politischen Kabinett unter Zentrumsbeteiligung scheiterten, kam es nach langen Auseinandersetzungen zur Bildung einer zweiten Beamtenregierung, die in Allianz der im Landesblock zusammengeschlossenen Rechtsparteien DNVP und DVP mit dem Zentrum unter Einbeziehung des bereits als Minister bewährten Dr. Franz Driver entstand. Vor dem Hintergrund des Traumas der Zurückdrängung der Katholiken aus dem politischen Leben im Zuge des Kulturkampfes lässt sich aber auch Verständnis für den vordringlichen Wunsch aufbringen, weiterhin Einfluss zu behalten und sich nicht in ein Ghetto zurückdrängen zu lassen. *Die Zentrumsfraktion redete immer ein gewichtiges Wörtchen mit.*⁸⁷ So brachte Anton Themann, seit 1923 MdL, seinen Eindruck in der Retrospektive sehr treffend auf den Punkt. Auf Länderebene war dies gewissermaßen ein prinzipieller Grundsatz, lag doch die Kultushoheit bei den Ländern und zu den prioritären Anliegen gehörte die Sicherung der Konfessionsschule.

Es ist ganz offensichtlich, dass die Krisensituation der Suche nach neuen, unverbrauchten Aushängeschildern der Partei förderlich war. So wurde der schon erwähnte Franz von Galen, zu diesem Zeitpunkt Verwalter der Familiengüter auf Burg Dinklage, 1924 für die Parteiarbeit angeworben, der sich *als Sohn und Bruder hervorragender Abgeordneter des alten Centrums*⁸⁸ auch kurzzeitig in die Pflicht nehmen ließ, bei der Reichspräsidentenwahl 1925 aber eine Unterstützung des Zentrums kandidaten Wilhelm Marx nicht rechtfertigen konnte und seine Funktion daraufhin wieder niederlegte.

Ob die – wie es Hubert Gelhaus ausdrückt – „moralischen Beteuerungen des Zentrums mit seiner Entscheidung im Jahre 1925 die politische Stagnation überwunden und damit aus der Krise geführt zu haben“⁸⁹, als gezieltes Ablenkungsmanöver von einer verleugneten Mitverantwortung für den demokratischen Niedergang des Freistaats Oldenburg zu verstehen sind, scheint mir freilich etwas zu einseitig und konstruiert.

Die Reaktion auf die Stärkung der Heuerleute-Bewegung

Der Heuermann Anton Themann aus Düpe bei Steinfeld beobachtete gerade in der Zeit der Inflation 1923 *eine gewisse Depression ... , die Leute zu einem Teil zur politischen Linken*⁹⁰ übergehen ließ. Themann, der selbst auf der nur 3,5 Hektar umfassenden Heuerstelle seiner Eltern mitlebte und mitarbeitete, stellte sich gegen das Eindringen einer sozialdemokratischen Heuerleute-Bewegung aus Osnabrück und gründete aus Protest den dann erfolgreichen „Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe“, was auf die Zentrumsgrößen der Region wohl Eindruck gemacht haben muss. Jedenfalls

87 Themann, Erinnerungen (wie Anm. 68), unpaginiert.

88 Galen an Strafanstaltspfarrer August Hackmann, Vechta, v. 10.11.1924. Zitiert nach Kurupka, Aus heißer Liebe (wie Anm. 23), S. 104.

89 Gelhaus, Das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg, Bd. 2 (wie Anm. 12), S. 284.

90 Themann, Erinnerungen (wie Anm. 68), unpaginiert.

wurde er 1925 (nicht 1924, wie er in seinen Erinnerungen schreibt) als Landtagskandidat aufgestellt und auch gewählt. Wie groß die soziale Distanz zur Parteiführung war, zeigt Themanns Erinnerung: *Als ich dem Parteipapst vorgestellt wurde*, schreibt er in seinen Erinnerungen, habe dieser ihn als *harmlosen Jüngling* betitelt, kurz gesagt, Rechtsanwalt Dr. Reinke aus Vechta, der wie schon erwähnt als Parteipapst bezeichnete Landesvorsitzende, nahm den kleinen Heuermann nicht ganz ernst. Immerhin hatten die Heuerleute erst 1919 politisches Mitbestimmungsrecht auf kommunaler Ebene erhalten. Der Pächter Bernard Willenborg als ihr Standesvertreter im Landtag hatte auf dem Vertretertag der Partei zur Landtagswahl 1923 bereits keinen Listenplatz mehr erhalten.

Einen schweren Stand hatte im Übrigen auch Willy Althaus, ein junger Schlosser aus dem Rheinland. Anfang der 1920er Jahre als Sekretär des Verbandes christlicher Textilarbeiter nach Delmenhorst entsandt und dort zeitweilig in prekäre berufliche Verhältnisse gelangt, eroberte er zwar einen festen Platz als Repräsentant der katholischen Arbeiterschaft vor Ort durch sein Engagement auf den Feldern des Christlichen Gewerkschaftskartells, des Katholischen Arbeitervereins und der Zentrumspartei, war im siebenköpfigen Landesvorstand der OZP ab 1929 aber nur der Vorzeige-Arbeiter.⁹¹

Stärkung der Rolle des Klerus

Es kommt wohl nicht von ungefähr, dass gerade im Krisenjahr 1923 erstmals seit den Anfängen des Landesparlaments 1848 wieder ein Geistlicher ein Landtagsmandat erhielt: der geistliche Studienrat am Realgymnasium in Cloppenburg Heinrich Wempe.⁹² Er sollte gewissermaßen den sozialen Kitt in der Partei herstellen, als Krisenmanager fungieren, was sich auch daran ablesen lässt, dass er 1925 sogar den Fraktionsvorsitz übernahm. Denn es ist schon auffällig, dass auf der Reichsebene und in anderen deutschen Staaten der Typus des Polit-Klerikers schon im Kaiserreich durchaus eine zentrale Rolle in der Zentrumspartei spielte. „Prälaten auf der politischen Bühne“⁹³ begegneten in der Weimarer Republik zwar in Berlin mit dem langjährigen Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns und schließlich mit dem letzten Parteivorsitzenden Ludwig Kaas durchaus noch in Schlüsselpositionen, hatten in der Gesamtzahl aber nach 1918 deutlich abgenommen,⁹⁴ was auch an der durch das neue kirchliche Gesetzbuch notwendigen vorherigen Einwilligung des zuständigen Bischofs zur Übernahme eines politischen Mandats gelegen haben dürfte. In Oldenburg haben wir gewissermaßen eine umgekehrte Entwicklung.

91 Vgl. Michael Hirschfeld, *Soziale Gerechtigkeit als Lebensaufgabe. Willy Althaus. Ein Vorkämpfer der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in Delmenhorst und im Oldenburger Land*, Vechta 2000.

92 Zu Wempe vgl. Joachim Kuroпка, Heinrich Wempe, in: Baumann / Sieve, *Der katholische Klerus* (wie Anm. 61), S. 554-557; Eckhardt / Wyrsh (wie Anm. 3), S. 548 f.

93 Rudolf Morsey, *Prälaten auf der politischen Bühne. Zur Rolle geistlicher Parlamentarier im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Ders., *Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. Ulrich von Hehl / Hans Günter Hockerts / Horst Möller / Martin Schumacher, Paderborn u.a. 1997, S. 232-242.

94 Vgl. Hans-Georg Aschoff, *Priester als Parteipolitiker im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, in: *Römische Quartalschrift*, 104 (2009), S. 257-285.

Schlussüberlegungen

Abschließend sei noch einmal auf die programmatischen Reden des Oldenburger Katholikentags 1920 eingegangen, in denen sich die Kernpunkte der Neuausrichtung der Zentrums politik nach dem Ersten Weltkrieg wiederfinden. Der Kulturpolitiker in der Reichstagsfraktion der Partei, der Münsteraner Kirchenhistoriker Prof. Dr. Georg Schreiber, sprach mehr als eineinhalb Stunden über die sittliche Ausrichtung des deutschen Volkes. Pessimismus und Materialismus geißelte er dabei als Krankheiten der damaligen Gegenwart. Denen stehe das Christentum umso leuchtender entgegen, weil es nicht die Kriegsniederlage und das Ende der Monarchie verschuldet habe. Wenn es auch keinen Kaiser mehr gebe, hätten die Katholiken das Glück, als universale Autorität auf den Papst blicken zu können. Und von der Ideengeschichte zur Realpolitik ging 1920 in Cloppenburg der vorgenannte Reichstagsabgeordnete Theodor Pennemann, wenn er eine gewisse Grundskepsis gegenüber Weimar erkennen ließ. *Die Demokratie ist kein absolutes Gut, aber auch nicht unbedingt zu verwerfen*, ließ er seine Zuhörer wissen und spielte damit auf den für ihn geltenden Primat der katholischen Kirche vor dem Staat an. Als Hierarchie verfasst, garantiere sie religiöse Freiheiten, die in der Demokratie durch Mehrheitsbeschluss oder Kompromiss eingeschränkt oder gar aufgehoben werden könnten. Hier wirkte das Trauma des Kulturkampfes nach – auch wenn Pennemann den Begriff Kulturkampf selbst vermied und von einem *Kampfle] um kulturelle Fragen*⁹⁵ sprach – und die Sorge um den Erhalt der Konfessionsschule als vordringliches Ziel des Zentrums schien merklich durch.

Noch in der 1993 erschienenen Dammer Stadtgeschichte hieß es reichlich verallgemeinernd: „Die Dammer Bürger wählten Zentrum, die Partei des deutschen Katholizismus, und der jeweilige Kandidat dieser Partei konnte in Damme fast immer sämtliche Stimmen auf sich vereinigen“.⁹⁶ Die Schlussfolgerung, eine weitere Beschäftigung mit dem Zentrum sei „nur mäßig interessant“, belegt nicht nur die bis in unsere Tage selbst in wissenschaftlichen Aufsätzen verbreitete Fehlannahme von einem monolithischen Block des politischen Katholizismus. Sie dürfte auch durch die hier geschlagenen Schneisen durch die oldenburgische Zentrums geschichte in der Anfangsphase der Weimarer Republik ad absurdum geführt worden sein. Dabei ist schon Joachim Kuropka zu dem differenzierten Urteil gelangt, dass der „eigene Standort der Katholiken im neuen gesellschaftlichen Gefüge ... nicht ohne weiteres bestimmbar, ein Weg aus den *Wirren der Zeit* nicht eindeutig auszumachen“⁹⁷ war. Gesellschaftliche Integration oder konfessionelle Separation? Diese Dialektik habe ich als Überschrift für einen 2004 im „Oldenburger Jahrbuch“ publizierten Aufsatz über das Zentrum in der oldenburgischen Industriestadt Delmenhorst gewählt.⁹⁸ Wenn dieses Begriffspaar hier vor allem mit Blick auf das Kaiserreich und die besondere Situation einer katholischen Diaspora gewählt wurde, so kann es doch auch für die hier zu fassende Folgeepoche gelten.

95 Festbuch des ersten Oldenburger Katholikentages (wie Anm. 1), S. 72.

96 Rainer Hehemann, Lokale Politik vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik, in: Klaus J. Bade u.a. (Hg.), Damme. Eine Stadt in ihrer Geschichte, Sigmaringen 1993, S. 439–457, hier S. 443 f.

97 Kuropka, Die katholische Kirche in Oldenburg im 20. Jahrhundert (wie Anm. 13), S. 535.

98 Vgl. Hirschfeld, Gesellschaftliche Integration oder konfessionelle Separation? (wie Anm. 14).

Zahlreiche Indizien deuten auf schwere interne Auseinandersetzungen über den Kurs der katholischen Partei unter den Vorzeichen der Demokratie hin. Das Ende der adeligen Repräsentation des oldenburgischen politischen Katholizismus durch die Familie von Galen 1918 und die Neubesetzung der Vorstandsämter im bürgerlichen Spektrum sind dafür beredte äußerliche Zeichen, während die parteipolitischen Töne auf dem Oldenburger Katholikentag 1920 das Ringen um den Kurs auch im Inneren verdeutlichen. In der Landtagsfraktion ist nicht nur eine breitere räumliche Aufstellung der Mandatsträger zu konstatieren, sondern zugleich eine erstmalige Repräsentanz der unteren sozialen Schichten. Die Identifikation mit der Republik erscheint im oldenburgischen Zentrum zu einem nicht unbeträchtlichen Teil als *conditio sine qua non* für die Überwindung der politischen und gesellschaftlichen Inferiorität. Um das Ziel der Gleichberechtigung mit der protestantischen Bevölkerungsmehrheit zu realisieren, wurde das Bekenntnis zur Demokratie gern gegeben. Die mit der neuen Staatsordnung verbundene Trennung von Kirche und Staat wurde zugleich, und das ist die besondere Dialektik, zur Herausforderung für die wesentliche Intention, „unsere christlichen Interessen zu verteidigen“⁹⁹. Die Kontroversen um angemessene staatliche Finanzierung der katholischen Kirche und Garantien für das konfessionelle Volksschulwesen markieren diese neuralgischen Punkte sehr deutlich.

Segen und Fluch zugleich war der vergleichsweise geringe Organisationsgrad der Wählerpartei OZP, die eben keine Mitgliederpartei war. Damit fehlte über die Wahlversammlungen hinaus weitgehend eine persönliche Bindung, so dass die Integrationskraft der Parteipresse, aber auch der Geistlichen herhalten musste. Letztere hatten bis 1930 die operative Führung der Parteizentrale und des Presseorgans OV inne. Segen und Fluch zugleich war auch der unbedingte Wille zur politischen Partizipation, wie er sich in Oldenburg besonders deutlich zeigt. Diese zur Kontinuität werden zu lassen, bedeutete zugleich, sich nicht unbedingt den auf dem Boden der Republik stehenden Kräften – etwa in der DVP – anzudienen oder um den Preis der Macht über Jahre an einem unpolitischen Ministerium, das ursprünglich nur als Übergangsregelung gedacht war, festzuhalten. Gleichzeitig rangierte die unbedingte Wahrung von konfessionellen Vorrechten, etwa auf dem Schulsektor, eindeutig vor der Wahrung der Demokratie. Der Jenaer Historiker Stefan Gerber hat diese Dialektik mit den Begriffen Pragmatismus und Kulturkritik auf Reichsebene zu fassen versucht.¹⁰⁰

99 So die Leitlinie in der OV v. 16.2.1919.

100 Vgl. Stefan Gerber, *Pragmatismus und Kulturkritik. Politikbegründung und politische Kommunikation im Katholizismus der Weimarer Republik (1918–1925)*, Paderborn 2016.

Albrecht Eckhardt

Ministerialrat Gustav Zimmermann (1881-1957)

Demokratischer Politiker und leitender Beamter
in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit

Am 18. September 1923 unterzeichnete der oldenburgische Innenminister einen an die Regierung in Eutin sowie die Ämter und die Stadtmagistrate im Landesteil Oldenburg, also die Behörden im Zuständigkeitsbereich der Ordnungspolizei Oldenburg gerichteten Erlass mit dem Betreff *Lageberichte*. Darin heißt es:

Die innenpolitische Lage, insbesondere die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die zunehmende Arbeitslosigkeit lassen es dem Ministerium dringend erwünscht erscheinen, über die Lage, über Einzelvorgänge, kritische Erscheinungen, Stimmung der Bevölkerung, Spannungen, Anzeichen von Unruhen und dergleichen mehr dauernd in einwandfreier Weise unterrichtet zu sein. Es wird daher angeordnet, dass dem Ministerium bis auf weiteres an jedem 1. und 15. im Monat, erstmalig sofort, über die dem Tag der Berichterstattung voraufgehenden 14 Tage streng vertraulich Bericht erstattet wird. [...] Es bedarf keines Hinweises, daß beim Vorliegen kritischer Verhältnisse und bei ernstesten Anzeichen beunruhigender und bedrohlicher Erscheinungen in jedem Einzelfall sofort und auf dem kürzesten Wege zu berichten ist.

Am selben Tag gab Ministerialrat Zimmermann diesen von ihm selbst konzipierten Erlass an das Kommando der Ordnungspolizei in Oldenburg zur Kenntnis. Zwar setzten die Berichte im Allgemeinen bereits im selben Jahr ein, doch sind sie entweder sehr lückenhaft erstattet worden oder aber nur zum kleinen Teil erhalten, in der überwiegenden Mehrzahl nur für 1923. Ausnahmen bilden nur der Stadtmagistrat Rüstringen mit gut hundert Berichtsseiten bis 1930 und der Stadtmagistrat Oldenburg mit fast 120 Lageberichten vom 29. September 1923 bis zum 11. Juni 1931 (knapp 620 Seiten).¹

1 Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Oldenburg (künftig NLA OL), Best. 136 Nr. 2866; Best. 205 Nr. 58-59; Slg 80 Best. 289 Nr. 124-125 (Kopien nach Bestand im Staatsarchiv Bremen). – Eine kommentierte Edition der Oldenburger Lageberichte mit dem Arbeitstitel „Oldenburg zwischen Links und Rechts 1923–1931. Polizeiliche Lageberichte aus der Hauptstadt des Freistaats zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik“ ist von Albrecht Eckhardt und Joachim Tautz in Arbeit.

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Albrecht Eckhardt, Osterkampsweg 62, 26131 Oldenburg

